

PRESSEMITTEILUNG

PM 2026-09-25

DEHOGA verstärkt Druck:

Neue Mitmach-Plattform minijobs-erhalten.de gestartet

Faktische Abschaffung der Minijobs verhindern – Sieben Millionen Menschen betroffen – Zöllick: „Wer sich zum Minijob bekennt, muss ihn auch bezahlbar halten“

Berlin, 25. September 2026 – Der Deutsche Hotellerie- und Gastronomieverband (DEHOGA Bundesverband) verstärkt den Druck für den Erhalt der Minijobs mit einer bundesweiten Kampagne „Minijobs erhalten!“. Jetzt ist die zentrale Mitmach-Plattform minijobs-erhalten.de gestartet. Sie zeigt anschaulich und in aller Deutlichkeit, welche politischen Veränderungen geplant oder bereits beschlossen sind, was sie in ihrer Summe bedeuten und wen sie treffen.

Fast sieben Millionen Menschen arbeiten in einem Minijob. Für fast 95 Prozent ist er Hinzuverdienst beziehungsweise zusätzliche Arbeit. Sie verdienen sich neben einem Hauptberuf, dem Studium oder der Rente etwas hinzu oder wählen eine Tätigkeit, die zu ihrer Lebenssituation passt. Laut Daten der Minijobzentrale kommt nur für 5,3 Prozent ein Wechsel in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung infrage. Für das Gastgewerbe sind Minijobs besonders wichtig, um Arbeit am Abend, am Wochenende und bei Veranstaltungen zu ermöglichen.

Mehrere Änderungen. Eine Gesamtwirkung.

„Wer sich zum Minijob bekennt, muss ihn auch bezahlbar halten“, erklärt DEHOGA-Präsident Guido Zöllick. „Die diskutierten und teilweise bereits beschlossenen Verteuerungen führen in ihrer Summe zu einer faktischen Abschaffung der Minijobs. Das dürfen wir nicht zulassen.“ Damit verteuern sich die Arbeitskosten für die Arbeitgeber im Gastgewerbe bei rund 1,1 Millionen Minijobber um voraussichtlich fast 72 Millionen Euro. „Gerade jetzt müssen wir Anreize für diejenigen setzen, die zusätzlich arbeiten wollen. Leistung muss sich lohnen“, so Zöllick. Nach Berechnungen des DEHOGA werden die Arbeitgeberabgaben für gewerbliche Minijobs von derzeit 31,17 auf 42,27 Prozent des Lohns steigen.

Genau diese Gesamtwirkung macht minijobs-erhalten.de sichtbar. Die Plattform bündelt politische Vorhaben, Fakten und Forderungen, den Minijob-Check, Originaldokumente und Belege sowie Stimmen aus der Praxis. Auf der Plattform kommen die Menschen zu Wort, die unmittelbar betroffen sind. Gesucht werden authentische Stimmen und Geschichten von Minijobbern und Unternehmern: Was bedeutet der Minijob für sie? Warum haben sie sich dafür entschieden? Welche Folgen hätten höhere Belastungen? Minijobber und Unternehmer, die ihre Geschichte erzählen und Gesicht zeigen möchten, können sich direkt an ihren DEHOGA-Landesverband wenden.

Der DEHOGA fordert die Politik auf, weitere Belastungen der Minijobs zu stoppen: Keine Pflegeversicherungsbeiträge, die Pauschsteuer bei zwei Prozent belassen, die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge aussetzen und die Wahlfreiheit bei der Rentenversicherung sowie die bestehende Besteuerung erhalten. Vor weiteren Entscheidungen brauche es eine transparente Gesamtrechnung.

Pressekontakt: Stefanie Heckel

Deutscher Hotellerie- und Gastronomieverband (DEHOGA Bundesverband) · Am Weidendamm 1A · 10117 Berlin ·
Fon 030 72625232 · presse@dehoga.de · www.dehoga.de